Jörg Alt

Freihandel und Katholische Soziallehre

Worüber wir uns eigentlich streiten sollten!

Joerg
18.7.2019

Inhalt

1 Worum geht es? ... 2
2 Wo liegt das eigentliche Problem? ... 6
3 Worum sollte es eigentlich gehen? ... 8
4 Wie könnte es gehen? ... 10
4.1 Sehen, urteilen… ... 10
4.2 Ha-Joon Chang ... 11
4.3 Kate Raworth ... 12
4.4 Christian Felber ... 13
4.5 Nico Paech ... 15
4.6 Katholische Soziallehre ... 16
4.6.1 Allgemein ... 16
4.6.2 Spezifisch ... 17
4.6.3 Perspektivisch ... 18
4.7 …Handeln: Agents of Change ... 19
5 Fazit ... 22
5.1 Zum Thema Freihandel ... 22
5.2 Zu den Megakrisen unserer Zeit ... 25
6 Literaturverzeichnis ... 27

Wir sind hier[1] um über Freihandel zu sprechen, also über Dinge wie TTIP, CETA, JEFTA oder eben TiSA. Für mich wird bei diesem und anderen kritischen Themen zunehmend wichtig *worüber* wir *tatsächlich* sprechen und *worüber* wir *eigentlich* sprechen sollten. Denn ich habe den Eindruck, dass wir uns, angesichts der Größe der Probleme, die wir lösen müssten, und der Dringlichkeit, mit der sie angegangen werden müssten, viel zu sehr in Detailfragen verzetteln, was zudem die Gefahr des „Weiter so und Mehr für mich“ all dessen beinhaltet, was Kern und Ursache unserer Probleme ist. Das möchte ich erläutern, doch zunächst die Grundlagen:

[1] Vortrag ausgearbeitet zur Veranstaltung „TiSA: Angriff auf öffentliche Daseinsvorsorge und Arbeitnehmerrechte“. Köln, 7. März 2018

1 Worum geht es?

Handel ist eine gute Sache und entsprechend ist vieles in der Theorie des Freihandels auch eine gute Sache.[2] Aber wie so oft ist festzustellen, dass gute Absichten und Theorien in der realen Welt mit realen Menschen nicht so funktionieren, wie am Schreibtisch ausgedacht. Deshalb wurde auch hier aus einer ursprünglich guten Idee zunehmend eine schlechte, ja gefährliche Praxis.[3] Das geben sogar jene zu, die sie im Prinzip und als Ideal nach wie vor verteidigen:

> The persistence of global inequality, whereby trade and globalization seem not to have delivered economic development to poor countries, shouldn't be blamed on countries being free to trade more often with each other. Instead, it might be blamed, in large part, on wealthy countries trying to make poor countries trade in ways that suit the rich countries and preserve their position. This can encourage the view that "trade" is only benefitting the economic elite. (Halliday & Thrasher, 2020)

Hinzu kommt, dass einst gute Ideen irgendwann nicht mehr funktionieren, weil die Welt sich wandelt. Beispielsweise hat David Ricardo, auf den die Idee des Freihandels zurückgeht, es einst ausgeschlossen, dass Kapitalinvestoren und Arbeitskräfte auf den Gedanken kommen könnten, ihr Wohl „bei fremden Nationen" zu optimieren – etwas, was im Zeitalter mobilen Kapitals oder Migration absolut normal geworden ist.[4]

---

[2] Ricardos Theorie vom komparativen Kostenvorteil begründet, „dass grenzüberschreitende Tauschprozesse die Wohlfahrt beider Handelspartner steigern. Der komparative Kostenvorteil besteht im Rahmen der volkswirtschaftlichen Theorie, wenn ein Land, eine Region, ein Unternehmen oder eine Person fähig ist, ein bestimmtes Gut zu geringeren Alternativkosten (Opportunitätskosten) zu produzieren als die Konkurrenz." Siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Komparativer_Kostenvorteil. Oder die dies variierende Kernidee des Heckscher-Ohlin-Modells, welches Aufschluss gibt „über die Struktur des Außenhandels, die sich aufgrund unterschiedlicher relativer Faktorausstattungen einstellt. Unter Faktorausstattung versteht man all die Bestandteile, die für eine Volkswirtschaft verfügbar und zur Produktion geeignet sind. Gemeint sind damit Arbeit und Kapital (klassische Inputfaktoren). Länder, die relativ viel von einem Produktionsfaktor (z. B. Kapital) besitzen, werden Güter, die diesen Faktor intensiv nutzen (also kapitalintensive Güter), exportieren. Beispielsweise ist Deutschland mit relativ viel Kapital ausgestattet, nutzt diesen Faktor intensiv und exportiert relativ viele Maschinen und Anlagen. Andererseits spezialisiert sich ein Land wie Brasilien, das über viele menschliche Arbeitskräfte verfügt, auf arbeitsintensive Güter, wie Kaffee." Siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Heckscher-Ohlin-Modell

[3] Abgesehen von „Denk-Kategorienfehlern" schon bei den Grundannahmen: Der Homo Oeconomicus existiert in seiner theoretisch angenommenen Form ebenso wenig wie man das (makroökonomische) Verhalten von Volkswirtschaften mit der Verhaltenslogik von Personen beurteilen kann indem man etwa sagt „China hat mehr komparative Vorteile vom Backen von Broten und exportiert diese deshalb nach Indien, während Indien Autos baut und diese nach China exportiert" (dazu Kritik von Chang, 2008 und Felber 2017).

[4] Zitiert in Felber (2017): „Ricardo kam zum Schluss, dass das gesamte Gedankenspiel irrelevant sei, weil er von der »natürlichen Abneigung jedes Menschen« überzeugt war, »das Land seiner Geburt und persönlichen Beziehungen zu verlassen und sich mit allen seinen eingewurzelten Gewohnheiten einer fremden Regierung und ungewohnten Gesetzen anzuvertrauen«. Er war sich sicher, dass diese »Gefühle die meisten Menschen mit Vermö-

Hinsichtlich der Geschichte der Kritik am Freihandel kann ich Folgendes aus Ihrem „Kölner Bündnisaufruf“[5] zustimmend zitieren:

> Die Kritik an der neoliberalen Globalisierung,[6] vor allem an einem unbehinderten Zugriff von Banken und Konzernen auf noch zu erschließende, profitable Anlagesphären des Weltmarkts, ist keineswegs neu. Was aber die gegenwärtige Periode des vor allem von den wirtschaftlich mächtigen Staaten des Nordens (USA, EU, Kanada) vorangetriebenen Handelsregimes auszeichnet, ist eine neue Qualität der Marktöffnung. Ging es früher in erster Linie um Zollsenkungen, stehen heute die Etablierung von „Schutzrechten“ für die Gewinnerwartungen von „Investoren“ (i.d.R. exportorientierte Großunternehmen, Versicherungskonzerne, Finanzdienstleister, Fonds, Banken usw.), weltweite Eigentums- und Patenrechte sowie die Privatisierung staatlicher Unternehmen und Dienstleistungen im Vordergrund der Verhandlungen. Dabei geht es oft auch um die Eindämmung oder Verhinderung der Durchsetzung sozialer und ökologischer Schutzrechte. Die WTO (Welthandelsorganisation) hatte diese Zielsetzung bei ihrer Gründung auf die Agenda gesetzt, doch der hartnäckige Widerstand einer Reihe ärmerer Staaten des Südens stoppte den Prozess. Die Folge war das Aufkommen einer Welle sog. Bilateraler Investitionsverträge (BITs), mit denen großenteils erfolgreich versucht wird, den WTO-Prozess zu umgehen. Die EU unter deutscher Führung mischt bei dieser Strategie kräftig mit (z.B. Deutschland bei den gegenwärtigen Verhandlungen mit Indien und Afrika).

Konkret geht es heute um TiSA, ein Freihandelsabkommen zu Dienstleistungen, initiiert von einer Gruppe von Staaten, die sich die „Really Good Friends of Services“ bezeichnen, darunter die EU, den USA und 21 weiteren Staaten. Die Verhandlungen begannen 2013. Dazu zunächst die kritische Beurteilung einer der „üblichen Verdächtigen“, in diesem Fall attac:

> TiSA ist das „Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen“ (Trade in Services Agreement). Es soll öffentliche Dienstleistungsbereiche für profitorientierte Konzerne öffnen. Dazu

---

gen bestimmen, sich eher mit einer niedrigeren Profitrate im eigenen Land zu begnügen, als dass sie eine vorteilhaftere Anlage für ihren Reichtum bei fremden Nationen suchen«.“

[5] https://no-ttip-koeln.de/wp-content/uploads/2018/01/Beschlossene_neue_Langfassung_Buendniskonsens_Dez2017.pdf

[6] Ergänzung d. Verf.: Man sollte stets beachten, dass Neoliberalismus keine ökonomische Theorie ist wie etwas Neoklassik. Eher handelt es sich bei Neoliberalismus um eine Politische Philosophie oder Ideologie. In diesem Papier wird es deshalb auch eher im Sinne eines politischen Programms verstanden, welches von einflussreichen Kreisen weltweit mit missionarischem Eifer verbreitet wurde. Im Einzelnen: “While it may be likely that many neoliberal thinkers endorse the use of (or even emphasize) neoclassical economics, the two terms are not necessarily related. Neoliberalism branches into two separate arguments – one consequential and empirical, the other philosophical and normative. Consequentialist neoliberalism derives many of its arguments from the prescriptions of neoclassical economics, including smaller governments, free trade, private sector deregulation and fiscal responsibility in government....Neoliberalism does not have a set definition, although it has often been attributed to the policies of Margaret Thatcher in the United Kingdom and Ronald Reagan in the United States. It has also been attributed to 20th century economists Milton Friedman and F.A. Hayek, although both men rejected the label; Friedman considered himself a classical liberal and Hayek argued from an Austrian perspective.” Read more: How does neoclassical economics relate to neoliberalism? | Investopedia https://www.investopedia.com/ask/answers/063015/how-does-neoclassical-economics-relate-neoliberalism.asp#ixzz56zgdGxGZ

zählen Spitäler und Altersheime, Schulen und Universitäten, öffentlicher Verkehr und Müllabfuhr, die Versorgung mit Wasser und Energie, Kranken- und Sozialversicherung.

TiSA zielt auf die umfassende Liberalisierung dieser Bereiche ab. Auch Regulierungen im öffentlichen Interesse sollen abgebaut werden, wenn sie Geschäftsinteressen von Dienstleistungskonzernen im Weg stehen

TiSA soll verschiedene Klauseln enthalten, die den Spielraum der Politik gegenüber Konzerninteressen einschränken würden:

- Was nicht explizit als Ausnahme genannt ist, muss liberalisiert werden. Auch wenn neue Dienstleistungen entstehen, wie zuletzt AirBnB oder Uber, dürfen sie nicht reguliert werden.
- Was einmal liberalisiert wurde, darf nicht in die öffentliche Hand zurückgeholt werden.
- Öffentliche Aufträge dürfen nicht mehr nach sozialen und ökologischen Kriterien vergeben, lokale Unternehmen nicht bevorzugt werden.
- Subventionen für umweltfreundliche Energie oder Kultur könnten als wettbewerbsverzerrend unter Druck kommen.[7]

Vieles davon trifft auch auf Inhalte andere Verträge zu, etwa CETA oder TTIP oder das EU-Japan Economic Partnership Agreement (EPA), hinzu kommt überall eine demokratiefeindliche Geheimniskrämerei bei den Verhandlungen, Verzerrungen bei der Zulassung oder dem Ausschluss von Lobbygruppen (unterschiedliche Behandlung von Wirtschaft- oder Verbraucherverbänden) sowie die Umgehung der ordentlichen Justiz durch eigens eingerichtete Schiedsgerichte und Schlichtungsstellen.

Aber: Nicht nur attac kritisiert in der Verhandlung befindliche Freihandelsverträge – auch Vertreter von Regierungen. Der Afrikabeauftragte der Bundesregierung etwa, Günther Nooke, meint angesichts der EPAs mit afrikanischen Staaten:[8]

> "Wenn man gleichzeitig viel Steuergeld mit verschiedenen Entwicklungsprogrammen nach Afrika bringt, dann sollte man nicht mit den Wirtschaftsverhandlungen kaputt machen, was man auf der anderen Seite als Entwicklungsministerium versucht aufzubauen."

Oder der UN Beauftragte für Ostafrika, Andrew Mold:

> "Die afrikanischen Länder können mit einer Wirtschaft wie der Deutschen nicht konkurrieren. Das führt dazu, dass durch den Freihandel und die EU-Importe bestehende Industrien gefährdet werden und zukünftige Industrien gar nicht erst entstehen, weil sie dem Wettbewerb mit der EU ausgesetzt sind."

Zusammenfassend gibt es also aus Sicht der Kritiker schon jetzt beim Freihandel, auch ohne weitere Liberalisierungen und Abkommen, viele Missstände zu benennen:

---

[7] Siehe https://www.attac.at/kampagnen/ttip-ceta-co-stoppen/tisa-was-ist-das.html

[8] Die beiden nachfolgenden Zitate stammen aus einer Sendung von ARD Monitor vom 4.11.2014, siehe https://www.presseportal.de/pm/75892/2871215

- Ein von Anfang an ungleiches Spielfeld: Arme Länder, die nie eigene industrielle Kapazitäten aufbauen konnten (oder wo diese durch Strukturanpassungsmaßnahmen zerstört wurde), haben relativ wenig, womit überhaupt „komparative Vorteile“ entstehen könnten. Entsprechend verharren sie auf dem Niveau von Agrar- und Rohstofflieferanten.
- Verstärkung des ungleichen Spielfelds durch fortgesetzte Subventionen und Protektionismus bei uns, Zerstörung von Produktionskapazitäten in armen Ländern, Steigerung von Ungleichheit national und international.
- Globale Arbeitsteilung kostet Qualitätsarbeitsplätze an einer Stelle und schafft schlecht gesicherte und bezahlte Arbeitsplätze anderswo.
- Hinzu kommt: Produktionskosten sind oft niedrig und Profite hoch, weil Arbeits- und Umweltstandards ignoriert und Steuerzahlung vermieden werden
- Sodann finden zwei Drittel (1996) bis 80% (2013)[9] des Welthandels innerhalb der „Wertschöpfungsketten“ von TNCs sowie zwischen solchen Großunternehmen statt. Das passt zu dem, was das statistische Bundesamt herausfand: "Weniger als ein Prozent der größten Unternehmen erwirtschafteten 2011 gut 66 Prozent aller Umsätze." Einleuchtend, dass diese alle Macht haben, um Preise zu manipulieren oder zu diktieren.[10] Dabei gilt zu beachten, dass ein wachsender Anteil an diesen inneren Handelsflüssen lediglich buchhalterisch aus Gründen der „Steueroptimierung“ erfolgen und keine reale Wertschöpfung, keine reale Dienstleistung repräsentieren. Dies geht zulasten von SMEs, da diese z.B. weniger konkurrenzfähig sind noch vergleichbare Steuergestaltungsmodelle haben.[11]
- Transportemissionen entlang der Wertschöpfungs- und Lieferketten verschmutzen die Umwelt.[12]

---

[9] Zu Zwei Drittel https://www.globalpolicy.org/component/content/article/221/47208.html Zu 80% http://unctad.org/en/pages/PressRelease.aspx?OriginalVersionID=113 und http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/diae2013d1_en.pdf

[10] Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2014, Wiesbaden 2015, S. 501, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/StatistischesJahrbuch2014.pdf?__blob=publicationFile

[11] Siehe (Alt, 2016n), Kapitel Free Trade, Fair Trade.

[12] Free Trade “increases transportation distances on goods, racking up emissions (international marine transport, the predominant method of trade, contributes 8.6 per cent of the emissions of the transport sector)[1]. This alone has huge impacts, and there are few signs of these impacts lessening in the near future, as no competitive green alternatives exist for gas-guzzling cargo ships, jet plans, and 18-wheelers. Trade also requires the transportation of toxic materials that threaten environmental disaster should their vessel spill [2]. Furthermore, opponents claim that global markets allow multinational corporations to take advantage of countries with laxer environmental policy in both green and brown issues, creating “race to the bottom” and “pollution haven” phenomena. And in general, free trade allows developing worlds to further develop, which inherently increases pollution and greenhouse gas emissions, even when developing countries make attempts to develop using green standards. [1]“The Impact of Trade Opening on Climate Change.” WTO | Trade and Environment. World Trade Organization, n.d. Web. 18 Apr. 2017.[2] Nicolas Korves, Inmaculada Martínez-Zarzoso and Anca Monika Voicu (2011). Is Free

- Im „Standortwettbewerb“ beseitigen Regierungen inzwischen schon in „vorauseilendem Gehorsam“ Standards, die BürgerInnen wichtig wären (z.B. Wasser-Privatisierung) oder die Steuerlast verschieben usw.
- Hohe Geheimhaltung hebelt demokratische Transparenz und Kontrolle auf und fördert den Einfluss von Lobbygruppen – ein spezielles Problem auch für Deutschland, welches gerade wegen seiner lobbyistenfreundlichen Politik im aktuellen Transparency International Corruption Perception Index auf Rang 12 abrutschte.[13]

Und da wären noch die Schiedsgerichte. Zwar urteilte der EU Gerichtshof am 6.3.2018, dass solche Vertragsklauseln, die in bilateral vor dem Zustandekommen der EU geschlossenen BITs enthalten sind, dem heutigen EU Recht widersprechen. Aber es ist fraglich, was mit jenen Klauseln ist, die von der EU selbst in Verträge mit Staaten außerhalb der EU eingefügt wurden, etwa bei CETA. Vermutlich muss auch dies durch alle Instanzen gerichtlich überprüft und geklärt werden – wobei die aktuelle Entscheidung ein klarer Warnschuss ist.[14]

2 Wo liegt das eigentliche Problem?

Während bei vielen vorgenannten Problemen hier und da sogar Übereinstimmung bei Freihandelsbefürwortern und –gegnern hergestellt werden kann, endet die Harmonie bei der Frage: Was muss besser und anders werden?

Befürworter des Freihandels sagen uns, dass eine Reihe großer Probleme, die uns heute belasten, dann verschwinden, wenn die Vorzüge der freien Märkte und des Freihandels sich erst richtig entfalten können: Dass Freihandel Jobs schafft (und Migranten Arbeit finden), dass „Innovation“ und „grünes Wachstum“ den Klimawandel mildert, dass verbessertes Recycling das Ressourcenproblem in den Griff bekommt usw. Und deshalb sei wichtig, möglichst ungestört und zügig „gute“ oder „bessere“ Freihandelsverträge auszuhandeln und abzuschließen, deshalb seien TTIP, CETA, EPAs und eben TiSA ja so wichtig.

Trade Good or Bad for the Environment? New Empirical Evidence, Climate Change – Socioeconomic Effects, Dr Houshan Kheradmand (Ed.), ISBN: 978-953-307-411-5, InTech, Available from: http://www.intechopen.com/books/climate-change-socioeconomic-effects/isfree-trade-good-or-bad-for-theenvironment-new-empirical-evidence Von Blog http://sites.nicholas.duke.edu/statsreview/env-212-environmental-policy-blog-2017/is-free-trade-good-for-the-environment/

[13] Transparency kritisiert Deutschland für unzureichende Lobbykontrolle (21.2.2018) In: Handelsblatt. http://www.handelsblatt.com/politik/international/index-zu-weltweiter-korruption-transparency-kritisiert-deutschland-fuer-unzureichende-lobby-kontrolle/20989470.html

[14] „Das laufende Schiedsverfahren Vattenfalls gegen Deutschland ist durch den Richterspruch wohl nicht betroffen. Der diesbezüglich einschlägige Vertrag über die Energiecharta setze Recht, das dem der EU vorgeht – und über das sich auch der Europäische Gerichtshof nicht stellen könne, sagt ein mit den Vorgängen vertrauter Anwalt. Denn diesen Vertrag hat die EU selbst nebst allen Mitgliedstaaten und diversen Drittstaaten – unter anderem Afghanistan – unterzeichnet.“ Wieduwilt, H. (2.3.2018) Europäischer Gerichtshof entmachtet Schiedsgerichte. In: FAZ, siehe http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europaeischer-gerichtshof-entmachtet-schiedsgerichte-15480880.html

Freilich: Das stößt auf immer mehr Skepsis. Hat nicht der Gang der letzten Jahrzehnte mit immer weniger Regulierung und immer mehr Marktfreiheit uns gerade in die aktuellen Probleme geführt?[15] Glauben wir ernsthaft, dass „noch mehr und noch freierer Markt" und die Abschaffung von verbliebener Regulierung jetzt endlich die Trendwende bringt? Ist es nicht vielmehr so, dass alle Vorschläge, die die Befürworter neoliberalen Wirtschaftens im allgemeinen oder Freihandel im Besonderen uns vorlegen, letztlich doch auch auf wackeligen Grundannahmen stehen und die Probleme eher zu vergrößern oder zu verlagern drohen? Warum soll nach Jahrzehntelangem insgesamtem Anwachsen von Problemen jetzt die Lösung in greifbarer Nähe liegen? Müssten wir nicht insgesamt über etwas anderes diskutieren?

Ich bin der Meinung: Ja, wir müssten dringend über etwas anderes und Grundlegenderes diskutieren. Dies ist aber nicht der Fall, weil es letztlich Befürworter von Freihandel sind, die Tatsachen schaffen und Diskurse bestimmen. Und: Indem sie ihren Gegnern süffisant vorhalten, dass ihre Vorschläge „alternativlos" seien. Der Beleg: Die Kritiker hätten ja selbst keine besseren, praktikablen, eigenen Vorschläge! Kritiker haben in einem solchen Agenda Setting bestenfalls die Möglichkeit, auf Vorgesetztes zu reagieren. Mit der Folge, dass Kritiker ihre volle Energie aufwenden müssen, das Vorgesetzte zu kritisieren, kommentieren, entkräften, reformulieren usw., etwa mit den konkreten Forderungen Ihres Bündnisses:

- Volle Transparenz für die Öffentlichkeit von Beginn an
- Verankerung hoher Schutznormen im Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitsrecht
- Verbindlichkeit des Vorsorgeprinzips im Gesundheits- und Naturschutz
- Konsequente Beachtung der UN-Klimavereinbarung von Paris (2015) als Mindestforderung, der UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (SDG) und des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD)
- Keine Sonderklagerechte für Konzerne gegen Staaten, in welcher Form auch immer (ISDS, ICS oder MIC)[16]
- Verzicht auf das Prinzip der sog. Regulatorischen Kooperation, das intransparenten Ausschüssen in Handelsverträgen langfristig quasi-legislative Regulierungsbefugnisse erteilt
- *Sicherung der eigenständigen Entwicklung und heimischen Wirtschaft für Länder der sog. Dritten Welt*
- *Abkehr vom Wachstumsdogma, stattdessen sukzessive Reduzierung des klimaschädlichen Warenverkehrs durch Beendigung der subventionierten Billigtransporte und den Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe* (Herv.d.V.)

Das alles ist richtig und wichtig und bei einem solchen Dialog können Verbesserungen erzielt werden. Dennoch: Aus Erfahrung wir wissen, dass wir insgesamt wenig Chancen haben, ge-

---

[15] Ein Fortschritt war natürlich die Verringerung von Armut und Hunger, aber das ging vielerorts auf Kosten der Nachhaltigkeit und Ressourcen, was einem kurzfristigen Nutzen mittel- und langfristige Schäden in der Gesamtbilanz gegenüberstellt.

[16] ISDS (Investor State Dispute Settlement), ICSID (International Centre for Settlement of Investment Disputes), ICS (Investment Court System), MIC (Multilateral Investment Court),
https://www.lexology.com/library/detail.aspx?g=566fdc35-0ad1-4c6e-ba72-47add85b919a
http://borderlex.eu/category/sectors-issues/investment/isds-ics/
http://www.umweltinstitut.org/themen/verbraucherschutz-handel/freihandelsabkommen/hintergrundinformationen/isds-sonderjustiz-fuer-konzerne.html

gen die Macht des „Faktenschaffens“ und die „Überzeugungskraft“ und Hochglanzbroschüren der Gegenseite anzukommen. Oder: selbst wenn uns dies gelingt, dass es Schlupflöcher oder kein effizientes Monitoring und Sanktionsregime gegen Verstöße geben wird.

Und selbst wenn die zuerst stehenden (nichtkursiven) Punkte Ihres Forderungskatalogs alle abgearbeitet und durchgesetzt sind, ist dies noch lange nicht der Fall bei den zwei für soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit sehr wichtigen letzten Punkten, zu deren Lösung neben faireren Freihandelsbedingungen noch ganz andere Dinge mitberücksichtigt werden müssten. Etwa eine die bis heute kaum hinterfragte Koppelung von (regulärem oder grünem) Wirtschaftswachstum und Wohlstand…

Ergo: Wir verbringen viel zuviel Zeit damit, uns an technisch hochkomplexen Themen abzuarbeiten, die nur Symptome, nicht aber Ursachen ansprechen. Wir fühlen uns dazu verpflichtet, weil, wenn wir es nicht tun, die Freihandelsbefürworter ein noch leichteres Spiel hätten, ihre Interessen durchzudrücken. Die Folge wird aber sein, dass beispielsweise Ungleichheit und Ressourcenübernutzung bestenfalls langsamer wachsen – aber wachsen werden sie weiterhin, auch wenn alle Alarmsignale bereits jetzt schon auf Rot stehen!

3 Worum sollte es eigentlich gehen?

Meine These dagegen ist deshalb, dass jede allzu intensive und ausschließliche Beschäftigung mit Symptomen die Gefahr mit sich bringt, dass die krisenhaften Entwicklungen, die uns Sorgen machen, insgesamt weitergehen, weil die systemischen Ursachen weiterhin unbeachtet und unbearbeitet sind. Zum Beispiel:

- Wettbewerb ist ein derart zentrales Element in der aktuellen Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, dass Milton Friedman die von ihm propagierte Form des Kapitalismus „Wettbewerbskapitalismus“ nannte (Friedman, 1982, S. 12). Wo aber Wettbewerb ist, ist auch Wettkampf, wo Wettkampf ist, liegt der Ursprung für die Ausübung struktureller Gewalt bis hin zu Wirtschaftskriegen, wobei letzterer im Gegensatz zu „Schießkriegen“ überproportional Opfer unter der Zivilbevölkerung fordert.[17] Dies wiederum rechtfertigt Papst Franziskus Ausspruch „Diese Wirtschaft tötet“ (Evangelii Gaudium).
- Man kann Freihandel nicht losgelöst betrachten von anderen neoliberalen Zwangskuren („Golden Straitjacket“)[18] für arme Länder, welche dort die Löhne ebenso wie

[17] (Oermann & Wolff, 2019) „Schon im friedlichen Handel und Wandel steckt harter Wettkampf, ja strukturelle Gewalt.“ (S. 13). Von ausdrücklichen „Wirtschaftskriegen sollte nur dort die Rede sein, wo er erstens von einem Staat oder in seinem Auftrag oder mit seiner Billigung oder Duldung geführt wird und zweitens strategische politische Ziele verfolgt werden, die sich drittens feindselig gegen mindestens einen anderen Staat richten.“ (S. 31)

[18] Thomas Friedmans sehr ehrliche Zusammenfassung für alles, was der neoliberale Washington Konsens für Entwicklungsländer vorsah. „That is what he calls the policies which, according to the current orthodoxy, are necessary to establish the markets' confidence in any particular economy and its government: balanced budgets, moderate taxes, light regulation, privatisation and so forth. Once a country puts on the Golden Straitjacket, Mr Friedman says: ‘Two things tend to happen: your economy grows and your politics shrinks...The Golden Strait-

Umweltstandards senkt, die Steuerbasis verringert und entsprechend Investitionen in Infrastruktur, Maßnahmen gegen den Klimawandel oder öffentliche Dienstleistungen verhindert.

- Man darf nicht vergessen, dass Freihandel aktuell die Starken stärker, die Schwachen schwächer macht und weiter machen wird – dass etwa Deutschlands Reichtum („Exportweltmeister“) auf Kosten Griechenlands und anderer Länder geht.[19] Abgesehen davon, dass viele Deutsche hier keinerlei Probleme erkennen können, sind viele Vorschläge bestenfalls geeignet, das Auseinanderdriften zu verlangsamen, nicht aber umzukehren.
- Ebensowenig darf man nicht vergessen, dass Freihandel nur ein Element ist der generellen Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftswachstum einerseits, und Klimawandel, Bodenvergiftung und Landgrabbing andrerseits, was unseren Top 1% nützt, uns allen aber Migranten vor die Türe spült und zunehmend Wetterextreme spüren lässt.

Deshalb ist das Wichtigste und Dringendste, was wir m.E. nach tun können, von den Ursachen her an der Lösung der Problemsymptome zu arbeiten. Das würde etwa bedeuten, dass wir uns generell gegen die schon viel zu freien Märkte mit ihren Kapitalflüssen stellen, die Profitmaximierung als oberste Triebkraft haben. Dass wir stattdessen und entlang Gemeinwohlorientierter Kriterien besser regulierte Märkte und verbindlichere Rahmenbedingungen für generelles Investieren, Wirtschaften und Produzieren fordern, was dann auch fairen statt freien Handel ermöglichen.

Wenn wir das aber postulieren, merken wir schnell, dass in der realexistierenden Welt realexistierender Verhandlungen und Lobbygruppen die Staaten der Welt schon lange nicht mehr in der Lage sind, solche Regulierungen durchzusetzen. Schlimmer noch: die laufenden Freihandelsverhandlungen würden diese Regulierungs- und Handlungsunfähigkeit eher beschleunigen und statt Kooperation den Wettbewerb zwischen Staaten weiter anheizen in dem verzweifelten Versuch, wenigstens einen letzten Rest an Vorteilen zu retten.

Trotzalledem: Wir müssen uns dringend den systemischen Ursachen der gegenwärtigen Problemen zuwenden und von dorther denken. Das wiederum geschieht einfach nicht. In den Worten von Papst Franziskus in seiner Enzyklika Laudato Si‘:

> Die Finanzkrise von 2007-2008 war eine Gelegenheit für die Entwicklung einer neuen, gegenüber den ethischen Grundsätzen aufmerksameren Wirtschaft und für eine Regelung der speku-

---

jacket narrows the political and economic choices of those in power to relatively tight parameters. That is why it is increasingly difficult these days to find any real differences between ruling and opposition parties in those countries that have put on the Golden Straitjacket. Once your country puts on the Golden Straitjacket, its political choices get reduced to Pepsi or Coke—to slight nuances of policy, slight alterations in design to account for local traditions, some loosening here or there, but never any major deviation from the core golden rules.’ This argument is widely quoted and almost universally accepted.” Von: http://www.economist.com/node/796097

[19] Dazu Christian Felbers Verweis auf das „Außenwirtschaftliche Stabilitätsgesetz“ von 1967, welches die Bundesregierung eigentlich dazu verpflichtet, „wirtschaftspolitische Mittel … zur Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts“ einzusetzen (Kritikpunkt 4).

> lativen Finanzaktivität und des fiktiven Reichtums. Doch es gab keine Reaktion, die dazu führte, die veralteten Kriterien zu überdenken, die weiterhin die Welt regieren. (Nr. 189)

Umso mehr gilt, so der Papst:

> Entscheidend ist es, ganzheitliche Lösungen zu suchen, welche die Wechselwirkungen der Natursysteme untereinander und mit den Sozialsystemen berücksichtigen. Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige und komplexe sozio-ökologische Krise. Die Wege zur Lösung erfordern einen ganzheitlichen Zugang, um die Armut zu bekämpfen, den Ausgeschlossenen ihre Würde zurückzugeben und sich zugleich um die Natur zu kümmern. (Nr. 139).

Nur der Vollständigkeit halber: Das ist nicht neu! Auch Papst Benedikt forderte „ die strukturellen Ursachen der Fehlfunktionen der Weltwirtschaft zu beseitigen und die Wachstumsmodelle zu korrigieren, die allem Anschein nach ungeeignet sind, den Respekt vor der Umwelt […] zu garantiere."[20] Oder: Schon Johannes Paul II mahnte eine ganzheitliche Transformation an „Die echte menschliche Entwicklung ist moralischer Art und setzt die vollkommene Achtung gegenüber der menschlichen Person voraus, muss aber auch auf die Welt der Natur achten und ‚der Natur eines jeden Wesens und seiner Wechselbeziehung in einem geordneten System […] Rechnung tragen'." (SRS Nr. 34)

Deshalb ist für mich dies alternativlos: Wir sollten uns weniger an der Agenda abarbeiten, die uns die Profiteure und Vollzugsgehilfen des aktuellen Systems vorsetzen (ohne freilich das Feld komplett der Gegenseite zu überlassen), sondern mehr Energie darauf verwenden, selbst eigenes Agenda-Setting zu betreiben, verstärkt darauf hinzuarbeiten, dass die richtigen und wichtigen Themen auf die Tagesordnung kommen und damit über Lösungen diskutiert wird, die auch tatsächliche und angemessene Verbesserungen nach sich ziehen.

4 Wie könnte es gehen?

4.1 Sehen, urteilen….

(1.) All dies bedeutet, dass man sich zunächst ein möglichst nüchternes und umfassendes Bild von der Situation macht und dabei vor allem systemische Wechselwirkungen ausdrücklich berücksichtigt. Das ist gar nicht so einfach, weil bei den einzelnen Bürgern schon wenig bewusst ist, dass „Coffee to go", oder der Konsum von importierten Fleisch genauso wichtig für die Bemessung des ökologischen Fußabdrucks ist wie Flugreisen oder Autonutzung.[21] Viel schwerer ist die Positionierung in der Auseinandersetzung zwischen dem „umweltfreundlichen Diesel" und der „umweltschädlichen Elektromobilität". Gelänge eine solche Bewusstseinsbildung, wäre auch schon deutlich mehr Motivation für Veränderung im Großen und Kleinen vorhanden, als es aktuell der Fall ist, wo viele dem Thema ausweichen.

---

[20] *Ansprache an das beim Heiligen Stuhl akkreditierte Diplomatische Corps* (8. Januar 2007): *AAS* 99 (2007), S. 73.

[21] Hilfreich deshalb https://www.footprintnetwork.org/ und http://www.footprintcalculator.org/

(2.) Im nächsten Schritt sollte man all jene guten Vorschläge zur Kenntnis nehmen, die bereits existieren, aber (a.) entweder nur Teilbereiche abdecken und/oder (b.) keine Chance auf Umsetzung haben. Zu ersterem gehört beispielsweise das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für Globale Klimaveränderungen (WBGU, 2011). Es analysiert tiefschürfend den Klimawandel und seine Folgen, befürwortet aber trotz aller bekannter Kritik Weiterentwicklungen des Welthandelsrechts im Rahmen der WTO[22] und vernachlässigt selbst in den Augen von Mitautoren andere wichtige Bereiche, etwa die Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit und die Notwendigkeit, Menschen von Maßnahmen zu überzeugen und „mitzunehmen", um sie nicht zu verärgern oder in die Arme von Populisten zu treiben (Messner, 2016). Zu zweitem gehören beispielsweise alle guten Vorschläge, die anschließend von Lobbyisten und Verteidigern des Status Quo verwässert und verzögert werden und deshalb keine Wirkung entfalten können, konkret sehr vieles, was im Hinblick auf Reformen des Finanzsektors nach der Krise 2007/2008 zu Tode diskutiert wurde, auch und weil der Finanzsektor weltweit einheitlich denkt und handelt, Staaten hingegen an nationales Recht gebunden sind und, noch schwieriger, internationaler Kooperation komplexe Verhandlungen vorgelagert sind, in der Lobbyisten ein leichtes Spiel haben.

(3.) Darüber hinaus empfiehlt es sich, jenseits akzeptierter und verbreiteter Mainstreamlösungen und –rezepte zu schauen, welche alternativen Ansätze und Lösungen für die festgestellten Probleme gelten. Und die gibt es und die sind gut begründet. Als Einstieg bietet sich etwa

- Der Eintrag „Heterodox Economics" bei Wikipedia listet 31 ökonomische Richtungen sowie 29 Einzelnamen auf.[23]
- Seit 1990 arbeiten weltweit Ökonomen zusammen in der "International Confederation of Associations for Pluralism in Economics (ICAPE)" mit 39 Mitgliedsorganisationen und wollen einen Pluralismus in der Ökonomie bestärken und verbreiten.[24]
- Oder die Initiative http://www.rethinkeconomics.org/ in der Studenten, Akademiker und Professionelle an 134 Orten der Welt an Alternativen zum gegenwärtig dominierenden Paradigma arbeiten.

Dort stößt man dann auf Ansichten und Einsichten wie die folgende:

4.2 Ha-Joon Chang

Ha-Joon Chang ist ein Cambridge Professor für Wirtschaftswissenschaft, der unter die weltweit einflussreichsten Denker gerechnet wird.[25] Mit dem Freihandel beschäftigt er sich aus-

[22] Das Wort "Freihandel" kommt im Gutachten nicht vor, auf S. 15 fordern die Experten die Liberalisierung des Weltagrarhandels im Rahmen der WTO, immerhin verbunden mit der Forderung nach einem Abbau (nicht: Beseitigung!) der Subventionen reicher Staaten und einem verbesserten „Marktzugang" für Entwicklungsländer. Dies, sowie kritische Bemerkungen über den langsamen Fortgang von (Handels)Verhandlungen bzw. die Bedeutung „starker Institutionen" (S. 236+251) legen nahe, dass die Gutachter die WTO lieber beibehalten als reformieren oder durch etwas (für arme Länder) Gerechteres ersetzen wollen.

[23] https://en.wikipedia.org/wiki/Heterodox_economics

[24] https://icape.org/

[25] https://en.wikipedia.org/wiki/Ha-Joon_Chang

führlich in seinem Buch „Bad Samaritans – The Myth of Free Trade and the Secret History of Capitalism“ (Chang, 2008).[26]

Für ihn ist Freihandel das Herzstück des aktuellen Neoliberalismus, weshalb seiner Meinung nach auch so viel getan wird, um ihn auszubauen. Denn: Freihandel weitet die Handlungsmöglichkeiten neoliberaler Politiken global aus, und damit Rezepte wie Kapitalmobilität oder Globale Wertschöpfungsketten.

Dagegen weist er anhand der tatsächlichen Geschichte nach, wie vor allem USA und UK lange Zeit protektionistisch agierten und keinesfalls von Anfang an Champions des Freihandels waren. Auch die Erfolgsstory asiatischer Staaten sei darauf zurückzuführen, dass sie zunächst eigene Industrien entwickelten, bevor sie sich schrittweise dem internationalen Handel, gar dem Freihandel, öffneten.

Wer also das aktuelle Modell als alternativlos darlegt, zerstört nicht nur vieles aufgrund kurzfristigen und einseitigen Nutzens, er nimmt darüber hinaus armen Ländern Mittel für ihre eigenständige Entwicklung. “(A) recent IMF study shows that, in low-income countries that have limited abilities to collect other taxes, less than 30% of the revenue lost due to trade liberalization over the last 25 years has been made up by other taxes.” (S.69) Umgekehrt nützt der Freihandel auch steuerlich eher den großen Konzernen wegen den Möglichkeiten zu Steuergestaltungsmodellen “Another drawback with foreign direct investment is that it creates the opportunity for ‘transfer pricing’ by transnational corporations (TNCs) with operations in more than one country.” (S. 89)

Freihandel unterbindet mittelfristig die Entwicklung von mehr Wohlstand für alle, denn: Würden arme Länder eine Chance zur Entwicklung ihrer Potenziale bekommen, würde der Wohlstandskuchen auch für alle anderen weiter wachsen.

„To sum it up: History is on the side of regulators“ (S.91), sowohl was die Förderung von „infant industries“ durch „Erziehungszölle“ (Friedrich List) betrifft, den Fremdkapitalzu- und -abfluss oder eine vorsichtig-graduelle Öffnung für den internationalen Handel.

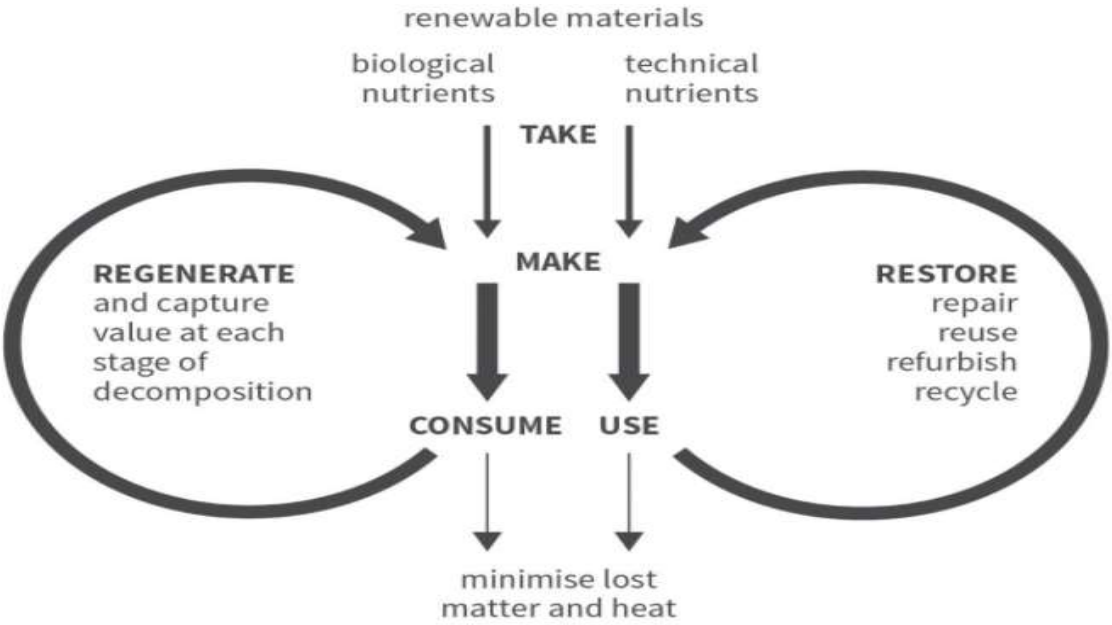
4.3 Kate Raworth

Oder Kate Raworth (2017), eine Oxford-Ökonomin, die in Ihrem Buch „Doughnut Economics“ für einen Netzwerkansatz plädiert, der alle Rückkopplungen und Wechselwirkungen ökonomischer Aktivitäten einbezieht sowie bisher vernachlässigte „Externalitäten“ oder Nebenwirkungen,[27] etwa Naturgüter und nicht erneuerbare Ressourcen, einen ausdrücklichen Stellenwert zuweist. „The key to making this work is to think of all materials as belonging to one of two nutrient cycles: biological nutrients such as soil, plants and animals, and technical nutrients such as plastics, synthetics and metals.”

---

[26] Ähnlicher Ansatz, ähnliche Ergebnisse: Paul Bairoch (1995) „Economics and World History. Myths and Paradoxes. Chicago University Press.

[27] Quoting Herman Daly: „We classify as ‚external‘ costs for no better reason than because we have made no provision fort hem in our economic theories“ Oder John Stermans: „There are no side effects – just ‚effects‘.”



„Regenerative industrial design can only be fully realised if it is underpinned by regenerative economic design. … and that is currently sorely missing. Making it happen calls for rebalancing the roles of the market, the commons and the state." Hilfreiches und Weiterführendes existiert ihrer Meinung nach bei complexity economics, network theory, evolutionary economics, der Open Source Circular Economy Bewegung, oder John Fullerton, einem Ex-Partner von JP Morgan, und seinem Capital Institute.[28] Guter Ansatzpunkte, solche Dinge in die Praxis umzusetzen, sieht sie auf der lokalen Ebene, und natürlich hätte ein solcher Ansatz auch Auswirkungen auf Rohstoffpreise und Transportwege.

4.4 Christian Felber

Christian Felber ist vor allem wegen seiner praktischen Vorschläge zur Gemeinwohlökonomie bekannt, die lokal und regional konkret umgesetzt werden können und umgesetzt werden. Er hat sich aber auch mit dem Thema Freihandel beschäftigt (Felber, 2017). Angestrebt werden solle, dass „die Summe aus Menschenrechten, Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen sowie weiteren Zielen der Staatengemeinschaft – zum Beispiel der Schutz indigener Kulturen oder der biologischen Vielfalt – … das »Weltgemeinwohl« bilden." (Kap III/1a), analog zur Bestimmung der Bayerischen Verfassung (Art. 151), Art. 14 GG und anderen nationalen Verfassungen. Diesem Ziel sei der Freihandel unterzuordnen.

In Kapitel III dieses Buchs beschäftigt er sich mit einer „inhaltlichen Alternative" zum Freihandel, nämlich dem „Ethischen Welthandel". Dem aktuellen Vertragsrahmen der WTO und allen anderen Planungen wird ein Handelssystem gegenübergestellt, welches auf bereits vorhandenen UN Verträgen und Rechtsnormen aufbaut. Für den Handel gab und gibt es dort bereits einen Ort, nämlich die UNCTAD. Diese wurde aber durch das spätere und heute dominante Parallelsystem ersetzt, weil Freihandelsbefürworter „handelsfremde Themen" wie Menschenrechte, soziale und ökologische Standards, aus dem Handelsgeschehen heraushalten

[28] https://oscedays.org/ sowie http://capitalinstitute.org/

wollten. Mithilfe des UN Systems „könnten wir das gesamte Arrangement auch umkehren: Das »ebene« Spielfeld bezieht sich auf die Menschenrechte, die Arbeitsrechte und die wichtigsten anderen »non-trade concerns«, und die Steuerung des Handels mit Zöllen, Kontingenten und anderen Maßnahmen zählt zu den Spielregeln (Foul, Abseits, Elfmeter), die für ein faires und effizientes (!) Spiel sorgen. Das wäre ethischer Handel statt »Freihandel«." Staaten, die sich daran beteiligen, gründen eine „Ethische UN-Handelszone". Wollen Staaten, die die vereinbarten Standards nicht einhalten, mit Mitgliedern der UN Handelszone Handel treiben, gilt: Wer die Menschenrechtskonvention, Kern-Arbeitsschutznormen der ILO, noch zu vereinbarenden globalen Umweltschutzabkommen usw. nicht respektiert, muss mit sich summierenden Zollaufschlägen auf ihre Produkte rechnen. Die WTO lässt ihrerseits ein Schutzargument gelten, nämlich gegen jene „ausländische Unternehmen (die) bestimmte Produkte unter den Produktionskosten auf den inländischen Märkten anbieten würden, um diese zu erobern." Dies lässt sich jedoch auf Dumping bei Umwelt-, Arbeits- und Sozialnormen ausweiten. Genau dies würde Felbers Vorschlag beseitigen. Zur Durchsetzung von Vorstehendem gälte es, den Vorschlag für einen World Court for Human Rights umzusetzen und andere Gremien ernstzunehmen, die gegen Verstöße oder als Schlichter angerufen werden könnten. Neu zu gründen wären eine Globale Kartellbehörde und eine Globale Steuerbehörde. Besonderen Charme haben letztlich die Vorschläge, dass dieses zu errichtende Institutionensystem durch eine spezielle Vermögenssteuer für HNWIs finanziert werden soll und die Handelsbilanzsaldierung entlang von Vorschlägen von Keynes zu reformieren seien, „deren Zeit gekommen ist", so die Stiglitz Kommission nach der Weltfinanzkrise[29] (Kap. III/2a).

Schwache Länder sollten ihre *infant industries* schützen dürfen. Entsprechend Überlegungen für „Nichtreziprozität" gab es bereits im GATT (Teil IV), UNCTAD II (GPS-System) oder dem Vorschlag, den 11 Entwicklungsländer bereits vor Doha eingebracht haben[30] (Kap. III/2b). Um sich aus dem Golden Straightjacket zu befreien, würden Staaten und Demokratien wieder Vorrang und entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten zum Schutz und zur Förderung des Gemeinwohls erhalten. Weitere Vorschläge umfassen wieder zu schließende Stoffkreisläufe, Reformen der Lieferketten, mehr lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe,[31] spezieller Schutz öffentlicher Güter und vor allem demokratischere Mitbestimmung bei Verwaltung und Wirtschaft (Kap. III/2.c+d).

---

[29] Genau dies würde aber Deutschlands aktuellem Status sauer aufstoßen, da es gegen den Exportüberschuss vorgehen würde!

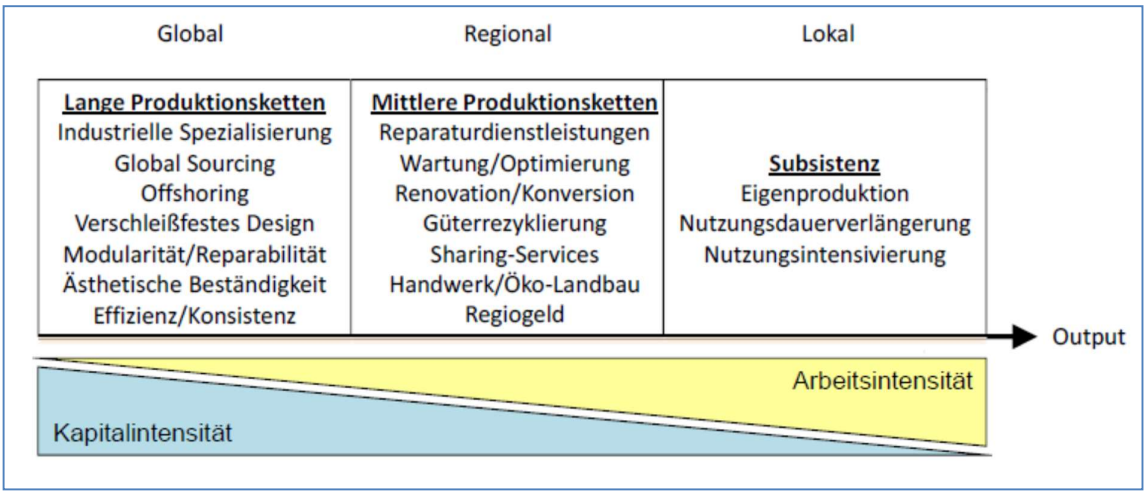
[30] Vorschläge zur „Development Box", siehe http://www.globalternative.org/de/web/273.htm

[31] Hierbei Unterstützung für einen Vorschlag H. Klimentas, der Mehrwertsteueraufschläge bei Transporten von über 500 km vorschlägt.

4.5 Nico Paech

Schließlich Niko Paech, einer der bekanntesten und umstrittensten Postwachstumsdenker aus Deutschland (2011): Er nimmt Ihre zwei letzten Forderung aus dem Bündnisappell sehr ernst:[32]

Er schlägt vor die Anzahl von Fremdversorgungsketten zu senken, bei denen er zudem ein hohes Ausmaß an Abhängigkeit und Volatilität sieht. Also all jene zwischen Ländern und Regionen aufgeteilte Wertschöpfungs- und Lieferketten, die typisch für unser aktuelles Wirtschaftssystem sind. Hierfür sieht er viele Gründen, etwa: Wer bei Heizöl weiterhin auf fossile Brennstoffe setzt, macht sich von Putin oder den Arabern abhängig. Oder: Die globalen Lieferketten fressen haufenweise Energie aufgrund des Transports, was auf den Klimawandel wirkt. Oder: Wenn die „Just in Time" Lieferketten abreißen, stehen bei uns die Fabriken still. Entsprechend sollte man alles auf den Prüfstand stellen und fragen: Was muss wirklich weltweit arbeitsteilig passieren, oder was kann man in die geographische Region zurückholen?



Das hätte eine Reihe von Vorteilen:

- Es würde das Problem des globaler Transports von Gütern und den damit verbundenen Ressourcenverbrauch/Klimabelastung drastisch verringern,
- es würde z.B. afrikanischen Ländern ermöglichen ihre eigenen Industrien aufzubauen.
- Es würde die Kapitalintensität bzw. die Macht von Kapitaleignern, Konzernen und Investmentfonds schwächen und demokratische Mitsprache und Kontrolle aufgrund größerer Transparenz vor Ort stärken.[33]

---

[32] „Abkehr vom Wachstumsdogma, stattdessen sukzessive Reduzierung des klimaschädlichen Warenverkehrs durch Beendigung der subventionierten Billigtransporte und den Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe."

[33] „Fremdversorgungssysteme beruhen darauf, die Distanz zwischen Verbrauch und Produktion stetig zu vergrößern. Wenn Produktionsprozesse, die vormals an einen Standort gebunden waren, in viele spezialisierte Fertigungsstufen zerlegt werden, können diese flexibel und ortsungebunden je nach Kosten- oder Qualitätsvorteilen verschoben werden. Aber jede Spezialisierungsstufe muss vor der Produktionsphase die benötigten Inputfaktoren vorfinanzieren, also investieren. Das dazu benötigte Fremdkapital kostet Zinsen; Eigenkapital verlangt nach einer hinreichenden Rendite." (Paech, 2011, S. 103). „Unter der obigen Annahme, dass jedes Jahr nur derselbe

- Durch Beschneidung der Kapitalflüsse würde die Volatilität der Finanzmärkte geringer werden, ebenso die Ressourcenübernutzung und unser ökologischer Fußabdruck.

Je mehr man sich mit Alternativen zum aktuellen Wirtschaftsparadigma beschäftigt, desto mehr merkt man: Vieles existiert in Nischen vor sich hin und kann keine Synergie entwickeln weil es außerhalb des Mainstream liegt. Deshalb wird nirgendwo darüber berichtet und es deshalb weder aufgegriffen noch umgesetzt wird. Aber das könnte sich ja ändern.

4.6 Katholische Soziallehre

4.6.1 Allgemein

Auch wenn meines Wissens niemand der Vorstehenden Wissenschaftler ein (noch) praktizierender Katholik oder Spezialist für Katholische Sozialethik ist, wäre das, was sie vorschlagen, mehr im Einklang mit den Prinzipien und Werten der Katholischen Soziallehre als ein „Weiter-so und Mehr für mich!“ der Freihandelsbefürworter. Beispielsweise stehen deren Prinzipien und Normen in starkem Kontrast zu allem, was der Katholischen Soziallehre zentral und wichtig ist.

Unter den Prinzipien und Normen der Katholischen Soziallehre tauchen weder Markt, noch Liberalismus/Wettbewerb/Konkurrenz, noch Privateigentum,[34] Fortschritt,[35] Wachstum oder Kapital als Leitwert für die Ordnung des gesellschaftlichen oder auch nur des wirtschaftlichen Miteinanders auf. Selbstverständlich fehlen auch alle Mantras des aktuellen Finanz- und Offshorekapitalismus wie Profitmaximierung, Shareholder Value oder Steueroptimierung. All dies ist Thema im Kompendium der Soziallehre, aber es ist eine kritische Behandlung, denn die Werte und Prinzipien der Soziallehre sind etwa Gerechtigkeit, Solidarität, Personales Wohlergehen, Gemeinwohl, Beteiligung oder die Universale Bestimmung der Güter für alle. Immer wieder wird deshalb vor allem betont, dass Geld der Wirtschaft, und die Wirtschaft dem Menschen zu dienen hat, dass „Wachstum“ nicht mit „Entwicklung“ gleichzusetzen ist und „Konsum und Besitz“ nicht mit „Glück und Wohlergehen“.[36]

---

absolute Gewinn erzielt wird, ergibt sich bereits ein lineares Wachstum der Güterproduktion. Andernfalls ist die Produktion langfristig nicht aufrecht zu erhalten. Wird realistischerweise angenommen, dass die periodisch zu steigernden zusätzlichen Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden, für das Zinsen zu entrichten sind, kann der Gewinn langfristig nicht konstant bleiben. Irgendwann können 100 Euro Überschuss die periodisch wachsende Zinslast nicht mehr tilgen. Notwendig ist daher exponentielles Wachstum. Steigende Investitionen müssen nun neben dem Einkommen zur Finanzierung der erhöhten Produktion die sukzessive steigende Zinssumme abdecken.“ (Paech, 2011, S. 107)

[34] Ausnahmen: Frankreich – dort steht es allerdings in Spannung mit Gemeinwohl, und Spanien – wo es zusammen und in Spannung mit Solidarität steht.

[35] Stattdessen „Entwicklung“ in Abgrenzung zum verengenden Begriff „Fortschritt“ (Kompendium Nr. 102).

[36] Z.B. „Eine Finanzwirtschaft, die zum Selbstzweck wird, ist dazu bestimmt, ihren Zielsetzungen zu widersprechen“. Ihre eigentliche Funktion ist, „der realen Wirtschaft und damit letztlich der Entwicklung der menschlichen Person zu dienen“ (Kompendium Nr. 369). „Gegenstand der Wirtschaft ist die Bildung und fortschreitende Vergrößerung von Reichtum in quantitativer, aber auch qualitativer Hinsicht… Die Entwicklung lässt sich …

4.6.2 Spezifisch

Ein Thema war Freihandel in Populorum Progressio, der Sozialenzyklika Pauls VI, insbesondere im Kapitel „Recht und Billigkeit in den Handelsbeziehungen“:

> 56. Auch beträchtliche Anstrengungen, um den Entwicklungsländern finanziell und technisch zu helfen, sind umsonst, wenn ihre Erfolge durch die Schwankungen in den Handelsbeziehungen zwischen den reichen und armen Ländern großenteils wieder zunichte gemacht würden. Das Vertrauen der armen würde erschüttert, wenn sie den Eindruck gewännen, daß die anderen wieder wegnehmen, was sie ihnen gegeben haben.
>
> 57. Die hochindustrialisierten Nationen exportieren vor allem Fertigprodukte, während die unterentwickelten Wirtschaften nur Agrarprodukte und Rohstoffe exportieren können. Dank dem technischen Fortschritt steigt deren Wertschätzung rasch, und sie finden einen guten Absatz. Dagegen unterliegen die Produkte der unterentwickelten Länder breiten und jähen Preisschwankungen, an eine sich steigernde Wertschätzung ist gar nicht zu denken. Daraus entstehen für die wenig industrialisierten Nationen große Schwierigkeiten, wenn sie aus ihren Exporterlösen ihren öffentlichen Haushalt ausgleichen und ihre Entwicklungspläne verwirklichen wollen. Die armen Völker werden dabei immer ärmer, die reichen immer reicher.
>
> 58. Die Spielregel des freien Handels kann also für sich allein die internationalen Beziehungen nicht regieren. Ihre Vorteile sind klar, wo es sich um Partner in nicht allzu ungleicher wirtschaftlicher Lage handelt: sie fördert den weiteren Fortschritt und belohnt die Anstrengung. Deshalb sehen die Industrieländer darin in gewissem Sinne ein Gesetz der Gerechtigkeit. Aber es ist etwas anderes, wenn die Bedingungen von Land zu Land zu ungleich sind: Die Preise, die sich frei auf dem Markt bilden, können ganz verderbliche Folgen haben. Man muß es einfach zugeben: in diesem Bereich wird ein Grundprinzip des sogenannten Liberalismus als Regel des Handels überaus fragwürdig.
>
> 59. Noch immer gilt die Lehre Leos XIII. in *Rerum novarum*: das Einverständnis von Partnern, die in zu ungleicher Situation sind, genügt nicht, um die Gerechtigkeit eines Vertrages zu garantieren. Die Regel, wonach Verträge durch das freie Einverständnis der Partner zustandekommen, ist den Forderungen des Naturrechts untergeordnet (47). Was dort von dem gerechten Lohn für den einzelnen Arbeiter gelehrt wird, gilt ebenso von internationalen Verträgen: eine Verkehrswirtschaft kann nicht mehr allein auf die Gesetze des freien und ungezügelten Wettbewerbs gegründet sein, der nur zu oft zu einer Wirtschaftsdiktatur führt. Der freie Austausch von Gütern ist nur dann recht und billig, wenn er mit den Forderungen der sozialen Gerechtigkeit übereinstimmt.
>
> 60. Die hochentwickelten Länder haben dies übrigens für sich schon begriffen, und sie bemühen sich, durch geeignete Maßnahmen innerhalb ihrer Wirtschaft ein gewisses Gleichgewicht herzustellen, das der sich selbst überlassene freie Wettbewerb zu stören droht. So stützen sie oft ihre Landwirtschaft mit Zuwendungen, deren Aufbringung sie den höhere Gewinne erzielenden Wirtschaftszweigen auferlegen. Um ferner ihre gegenseitigen Handelsbeziehungen vor allem innerhalb eines gemeinsamen Marktes zu fördern, bemüht sich ihre Finanz-, Steuer- und

---

nicht auf einen bloßen Prozess der Anhäufung von Gütern und Dienstleistungen reduzieren. Im Gegenteil: Die bloße Anhäufung ist, auch wenn sie dem Gemeinwohl dient, keine ausreichende Voraussetzung für die Verwirklichung des echten, menschlichen Glücks. Vor diesen Hintergrund warnt das soziale Lehramt vor den Verlockungen einer nur quantitativen Art des Wachstums, weil die übertriebene ‚Verfügbarkeit von jeder Art materieller Güter zugunsten einiger sozialer Schichten…die Menschen leicht zu Sklaven des „Besitzens“…macht‘.“ Kompendium Nr. 334, Bezug nehmend auf Johannes Paul II. Sollicitudo rei socialis, 28.

Sozialpolitik, den unter ungünstigen Wettbewerbsbedingungen stehenden Industrien in etwa vergleichbare Chancen zu schaffen.

61. Man darf hier nicht zweierlei Maß anwenden. Was von der Volkswirtschaft gilt, was man unter den hochentwickelten Ländern gelten läßt, muß auch von den Handelsbeziehungen zwischen den reichen und armen Ländern gelten. Ohne den freien Markt abzuschaffen, sollte man doch den Wettbewerb in den Grenzen halten, die ihn gerecht und sozial, also menschlich machen. Im Austausch zwischen entwickelten und unterentwickelten Wirtschaften sind die Situationen zu verschieden und die gegebenen Möglichkeiten zu ungleich. Die soziale Gerechtigkeit fordert, daß der internationale Warenaustausch, um menschlich und sittlich zu sein, zwischen Partnern geschehe, die wenigstens eine gewisse Gleichheit der Chancen haben. Diese ist sicher nicht schnell zu erreichen. Um sie zu beschleunigen, sollte schon jetzt eine wirkliche Gleichheit im Gespräch und in der Preisgestaltung geschaffen werden. Auch hier könnten sich internationale Abkommen, an denen eine hinreichend große Zahl von Staaten beteiligt sind, als nützlich erweisen; sie könnten allgemeine Normen und gewisse Preise regeln, könnten gewisse Produktionen sichern, gewisse sich im Aufbau befindliche Industrien stützen. Wer sähe nicht, daß ein solch gemeinsames Bemühen um eine größere Gerechtigkeit in den Handelsbeziehungen zwischen den Völkern den Entwicklungsländern positiv helfen würde? Eine solche Hilfe hätte nicht nur unmittelbare, sondern auch dauernde Wirkungen.

4.6.3 Perspektivisch

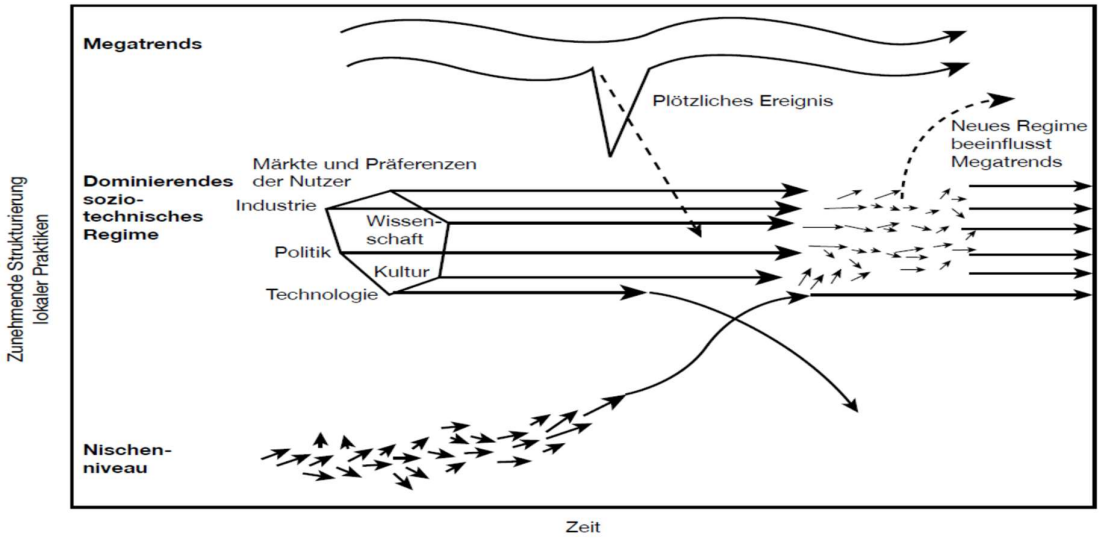
Die Katholische Kirche als ältester Global Player steht zudem wie kein anderer für die Einheit der Weltfamilie. Wir leben in einer faktisch vernetzten Welt, wo man ganzheitlich und komplex denken muss, um möglichst alle Risiken und Nebenwirkungen, beabsichtigte Vorteile und unbeabsichtigte Nachteile in den Blick zu bekommen. Aufgrund der inzwischen gewachsenen Vernetzung, oder „Globalität“ (U. Beck), können und dürfen wir das Gemeinwohl nur noch global denken. Lassen wir weiter zu, dass Bäume in Amazonien für unsere Schnitzel gefällt werden, nehmen wir weitere Wetterextreme und daraus resultierende Störungen im Bahnverkehr wissend in Kauf. Für echte Entwicklung gilt: „Entweder nehmen alle Nationen der Welt daran teil, oder sie ist tatsächlich nicht echt“.[37] Deshalb dürfen wir nicht jenen Glauben schenken die behaupten, man könne unseren Wohlstand in Deutschland mit einigen rechtlichen Barrieren oder einer verbesserten Grenzsicherung schützen oder das der Klimawandel bei uns schon nicht so schlimm werden wird. Aber das können Sie alles nachlesen (Alt, 2018), schließlich soll das Praktische heute Abend im Vordergrund stehen. Und das bedeutet:

Grenzenloser, lediglich „marktgesteuerter“ Freihandel ist genauso zu verwerfen wie nationalistischer Protektionismus unmöglich und schädlich ist. Ein Dienst, den eine von der Soziallehre inspirierte Forschung leisten könnte, wäre, ein Modell zu entwickeln, welches einen Mittelweg entwickelt und dabei aufzeigt,

- welche Bausteine bereits vorliegen und angedacht sind,
- wie diese zusammenpassen könnten bzw. falls sie nicht passen,
- was geändert werden müsste, damit sie (besser) zusammengefügt werden und Synergieeffekte entwickeln können, und
- wie ein solcher Mittelweg Kosten-Nutzenverteiliung neu austarieren würde.

[37] Kompendium Nr. 342, Johannes Paul II Sollicitudo rei socialis 17

Abbildung 1 Mehrebenenmodell zur Analyse von Transformationsprozessen, Beispiel Technologiesubstitution



Source 1 (WBGU, 2011, S. 100)

Ergo: Wir sollten unsere Beteiligung an der Symptomdiskussion innerhalb des sozio-technischen Mainstreams reduzieren und vermehrt theoretische, praktische und reflektorische Anstrengungen unternehmen, die Problemursachen und ihnen angemessenere Lösungen und Alternativen zu thematisieren und dafür zu werben dass diese auf die gesellschaftspolitische Agenda kommt. Hat man erstmal eine eigene Vision, kann man nochmals anders mit den Befürwortern der beiden Extrempositionen diskutieren und anders für Mehrheiten werben.

Wenn wir zu diesem Zwecke auch mal in Nischen herumsuchen müssen, um uns hinsichtlich machbarer Alternativen kundig zu machen: Sei‘s drum! Letztlich kann dies auf längere Sicht mehr bringen als vieles, was aktuell unsere Kräfte und Ressourcen verschlingt.

4.7 …Handeln: Agents of Change

„Geht nicht – gibt’s nicht“. Allzu lange wurden uns Denkblockaden vorgegeben, sodass Serge Latouche zu Recht von einer „Kolonialisierung des Denkens“ spricht (Latouche, 2015). Dabei wäre allein schon deshalb viel möglich, wenn man rechtliche Spielräume in existierenden Instrumenten anders ausreizen würde, als dies aktuell geschieht. Wenn man darüber hinaus frühere rechtliche Abmachungen und darauf aufbauende Vorschläge zusammentragen und systematisieren würde, könnte man sodann belegen, was man einst anderes gedacht und gemacht hat: die gegenwärtige Ordnung war nie alternativlos und man muss, um Alternativen zu finden, nicht bei Null anfangen.[38] Was spräche dagegen, einen Schritt zurückzugehen und auf früheren rechtlichen Grundlagen weiter zu bauen?

Darüber hinaus geht viel mehr bzw. sollte viel mehr möglich sein, wenn es um die Garantie und faktische Umsetzung grundlegende Rechte aller geht und ein politischer Wille und demokratische Mehrheiten dafür vorhanden sind. Genau dieses Wissen um diese Möglichkeit liegt

[38] Etwa, was den Schutz von armen Ländern vor Ungleichheit im Welthandel betriff – siehe oben bei Felber.

ja hinter der Tatsache, dass Freihandelsverhandlungen zunehmend geheim und hinter verschlossenen Türen stattfinden!

Wie schon in früheren Zeiten bei Großen Transformationen, gilt:

- Pioniere und Trendsetter gegen den Strom sind wichtig
- Jeder muss von der Notwendigkeit der Transformation überzeugt werden und „mitgenommen“ werden
- Der Staat spielt eine wichtige gestaltende Rolle
- Prozesse können mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten laufen.
- Zeithistorische Megatrends sind von Bedeutung (WBGU, 2011, S. 112)

Ergo: In dem anstehenden Transformationsprozess kommt also Staaten und der Demokratie eine herausragende Rolle zu, um die entglittenen Entwicklungen wieder besser regulieren zu können. Dabei wäre darauf zu achten, dass Politikziele kohärent verfolgt werden und eben nicht Wirtschaftspolitik das zerstört, was Entwicklungspolitik aufbaut (siehe Günther Nooke in 2).

Staaten(gemeinschaften) könnten zunächst das Instrument von Steuern gezielter einsetzen, um wieder Ruhe und mehr Kontrolle über die laufenden Entwicklungen zu erlangen bzw. Schäden zu verringern oder gar zu beheben.

- Schutz sozial gerechter und ökologisch nachhaltiger Politikansätze durch Zölle, Tarife oder Grenzausgleichssteuer (siehe z.B. (WBGU, 2011, S. 192)).
- Ein Durchforsten und Umwidmen von steuerfinanzierten Subventionen weg von umweltfeindlichen zu umweltfreundlichen Energien.[39]
- Pigou-Steuern zum Umsteuern, etwa höhere Steuern auf Auto- und Flugbenzin und deren direkte Umwidmung für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehr, CO_2 Bepreisung, Aufschläge auf den Abbau nicht-erneuerbarer Ressourcen und Förderung von Recycling, Finanztransaktionssteuern, um Kapitalmärkte wieder an die Leine zu legen…
- Höhere Reichen- und Konzernsteuern- oder Neueinführung von Maschinen- und Digitalsteuern zur Verringerung von Ungleichheit und Verbesserung der Vorkehrungen auf die zurollenden Umwälzungen durch Industrie 4.0.[40]

Staatengemeinschaften könnten sodann institutionell regulatorische Standards setzen und durchsetzen. Angesichts der empirisch nachgewiesenen Tatsache, dass der aktuelle Wettbewerbskapitalismus sowohl die Situation von Arbeitnehmern als auch die Umweltschäden verschlimmert, da Ausbeutung und Raubbau Wettbewerbsvorteile bringen, entwickeln (Kapeller, Schütz, & Tamesberger, 2014) den Vorschlag einer European Agency for Commodity Surveillance: Die EACS entwickelt sowohl soziale Standards für die Produktion, v.a. was Be-

---

[39] „Nach verschiedenen Schätzungen lagen die weltweiten Konsumsubventionen für fossile Energien in den vergangenen Jahren in der Größenordnung von 300 bis mehr als 500 Mrd. US-$.... Subventionen für fossile Energieträger (sollten) abgebaut werden, die derzeit um das Mehrfache höher sind als die Subventionen für erneuerbare Energieträger. Dieses Verhältnis muss rasch umgekehrt werden.“ (WBGU, 2011, S. 4)

[40] Zum Thema „Steuern mit Steuern“ wird im Laufe des Aprils ein englischsprachiger Text von mir vorgelegt.

handlung und Bezahlung von Arbeitnehmern entlang der Lieferketten betrifft, als auch die Beachtung von Umweltstandards. Die Standards gelten für Produzenten innerhalb und außerhalb der EU und sollten jene Standards nicht erfüllt, soll der Firma der Verkauf der Produkte auf dem EU Binnenmarkt versagt werden. Vorbild für diese Institution ist das Top Runner Program des Japanischen Ministeriums für Wirtschaft, Handel und Industrie, welches Quantensprüngen in der Durchsetzung von Energieeffizienz zugrundeliegt.[41] Bislang gibt es solche Kontrollmechanismen entlang globaler Lieferketten auf freiwilliger Basis (EITI) oder ansatzweise verpflichtender Basis wie etwa bezüglich vier Konfliktmineralien.[42] Das Problem ist Kontrolle und Strafen – hier wäre der Vorschlag von Kapeller und Kollegen für die Europäische Union konsequenter und würde tatsächlich eine standardsetzende Behörde mit viel Personal und Ressourcen plädieren – beides sei vorhanden, wenn man etwa an junge Arbeitslose in Südeuropa denkt, deren Arbeitslosigkeit den Steuerzahler auch Geld kostet. Die Herausforderung wird die Balance zwischen Standarddefinition und -durchsetzung auf der einen, und der Bewahrung marktgeleiteter Innovationen auf der anderen Seite zu finden. Dies sei aber möglich, umso mehr, da es empirische Anzeichen dafür gibt, dass Regulation gerade im Umweltbereich ein starker Anreiz für innovative Forschung und Produktion ist.

Entsprechend sollte man Potenzial des Umdenkens bei Betrieben und Investoren nicht unterschätzen, bei denen immerhin einige durchaus erkennen, dass kurzzeitig-kurzfristiges Denken und Handeln der Tod von langfristiger Profitabilität ist. Angesichts populistischer Vereinfachung und alternativen Fakten sehe ich in Unternehmen sogar mit die hoffnungsvollsten Verbündeten, wenn es um die realistische Einschätzung unserer aktuellen Lage geht, man bedenke etwa, dass große Versicherungskonzerne frühzeitig die Risiken des Klimawandels erkannten und versuchten, sie auf die gesellschaftspolitische Agenda zu setzen, weil sie einfach die Schadensersatzwelle auf sich zurollen sahen (Berz, 2012). Freilich sollte man hier besonders vorsichtig bei der Prüfung vorgeschlagener Maßnahmen sein, da es sich bei Stichworten wie „more inclusive growth“, „Corporate Social Investment“ oder „Social Impact Investment“ … oft um PR Initiativen, Greenwashing oder Churchwashing[43] zum Aufpolieren des Images, zur Erhöhung der Verkaufszahlen oder um Scheinlösungen (Positives, welches anderswo seine negativen Nebenwirkungen hat) handelt und entsprechend keine wirklichen Verbesserungen bringt. Konkret: Natürlich beschäftigen sich auch Konzerne mit „mehr Nachhaltigkeit“ bei den Lieferketten und nützen das, um Protest zu entkräften. Aber zum einen orientieren sie sich an „international anerkannten Standards“, die allesamt windelweich und zu schwach sind, und zum anderen erkenne ich nicht, dass sie diese grundsätzlich reduzieren wollen.[44] Ganz besondere Vorsicht ist bei MNEs geboten, weniger bei SMEs, da letztere sich eher einer Re-

---

[41] https://de.wikipedia.org/wiki/Top-Runner-Programm sowie http://www.enecho.meti.go.jp/category/saving_and_new/saving/data/toprunner2015e.pdf

[42] http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/conflict-minerals-regulation/regulation-explained/

[43] Dialog mit Kirchen, was Konzerne in Entwicklungsländern zur Abblockung von Forderungen verwenden unter dem Hinweis „Wir sind doch mit den Kirchen im Gespräch und suchen nach passenden Lösungen!“

[44] Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft (2013) Nachhaltigkeit in globalen Lieferketten. http://www.econsense.de/sites/all/files/econsense_Orientierungshilfe%20Lieferanten_D.pdf

gion mit konkreten Menschen verpflichtet fühlen als anonyme und global agierende Kapitalgesellschaften.

Und es bleibt, natürlich, die „Macht des einzelnen Konsumenten“ ebenso wie die der zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüsse – aber das versteht sich hier und heute von selbst.

Natürlich hat alles auch seinen Preis und was für die einen Gewinn ist, ist für andere Verlust. Entsprechend ist der eigentliche Punkt bei der Suche nach einer sozial-gerechteren und ökologisch-nachhaltigeren Gesellschaft nicht ein „Geht nicht“ sondern die Frage: „Wie verhalten sich bei den vorgelegten Vorschlägen Gewinne und Verluste – und für wen?“ oder „Wie kann man Gewinn und Verlust fairer verteilen und nachhaltig für alle sichern?“ Damit zusammenhängend: „Wie definieren wir Gewinn und Verlust?“, wenn es etwa um die Abwägung zwischen bezahlter Arbeit und Freizeit, zwischen mehr Geld und schlechterer Luft zum Atmen geht. Gegen die Befürworter des aktuellen Freihandelsregimes behaupte ich: Angesichts der Größe und Dringlichkeit der Probleme, die es zu lösen gilt, ist Vorstehendes für mich „alternativlos“, und jede weitere Auseinandersetzung mit ihren Rezepten Zeitverschwendung.

5 Fazit

Die Menschen auch in unserem Land müssen verstehen, dass wir längst in einer globalen Schicksalsgemeinschaft leben. Man kann nicht mehr mit Franz Beckenbauer sagen, das „interessiert mich soviel, als wenn in Peking ein Radel umfällt.“ Ob Migranten oder Klimawandel: Wir hängen schon längst mit drin und wenn wir nicht lernen, global und systemisch zu denken, sind wir mitverantwortlich am schädlichen „Weiter-so und Mehr für mich“ des digital-fossilen Finanzkapitalismus.

5.1 Zum Thema Freihandel

Freihandel ist ein Kernstück des aktuellen „sozio-technischen Regime“ (s.o., 4.6) und leistet einen großen Beitrag dazu, dass etwa Ungleichheit oder Ressourcenverbrauch steigen. Wenn wir gegen dieses Regime als Ganzes etwas tun wollen, ist Freihandel zunächst einmal ein exzellenter Ansatzpunkt und Aufhänger.

Aber: Angesichts der Dringlichkeit bestehender Probleme sollten wir weniger Energie auf das „Wie“ eines Freihandel unter dem gegenwärtigen neoliberalen Paradigma verwenden, wo es mächtigen Interessengruppen zunehmend gelingt, internationale Abkommen und Standards in ihrem Sinne umzubiegen und demokratische Protestbewegungen am langen Arm verhungern zu lassen.

Deshalb ist für mich das, was uns von Befürworten des Freihandels auf die Agenda gesetzt wird, ein ebenso überholtes und untaugliches Modell wie protektionistische Abschottung: Letztere werden zudem Menschen armer Ländern nicht akzeptieren, die zu Recht ihren Anteil am Wohlstandskuchen wollen. Gelingt dies nicht durch die Entwicklung des Heimatlands, dann eben durch Migration.

Deshalb möchte ich mich verstärkt mit alternativen Ansätzen befassen und schauen, wie daraus kohärente und zusammenpassende Alternativen geschmiedet werden können. Zum Beispiel, dass wir unsere Überlegungen nicht mit dem beginnen/daran aufhängen, was uns die

Befürworter von TTIP und TiSA vorlegen, sondern was Autoren wie die oben Genannten zum Thema vorlegen. Dass wir nicht darüber diskutieren, was an TTIP und TiSA verbessert werden muss und kann, sondern wie Visionen der oben Genannten verstärkt Beachtung und Gewicht gegeben werden könnte. Man kann für Handel sein, ohne für Freihandel sein zu müssen!

Was ein „Loslegen" auf globaler Ebene betrifft: Bei aller Kritik an der UN, so gibt es genügend Unterstützung für sie und ihre Institutionen – leider eben nicht von den Mächtigen dieser Welt. Dennoch: Siehe etwa den Einsatz des Vatikans für eine Global Public Authority,[45] die, angefangen bei Johannes XIII bis Johannes Paul II, in Ermangelung von Besserem auf UN Ebene angesiedelt sein sollte. Oder das Eintreten der Entwicklungsländer für die UNO statt die OECD bei den FFD3 Verhandlungen in Addis Ababa im Juli 2015. Oder Anläufe zu UN Konventionen zu einer menschenrechtlich orientierten Wirtschaftspolitik bzw. Konzernpolitik mit dem Ziel, alle Verträge an diesen Musterkonventionen zu orientieren, etwa das „Legally binding instrument on Transnational Corporations and Other Business Enterprises with respect to human rights."[46]

Andrerseits: Da die internationale multilaterale Ordnung seit Donald Trump und Brexit zu bröseln droht, China trotz aller Beteuerungen eine knallharte Eigenagenda verfolgt und auch sonst Nationalismus und Populismus ansteigen, riskieren wir auf globaler Ebene in vielen Bereichen Stück- und Flickwerk bzw. ein Umsetzungsdefizit, weil zunehmend die Gefahr besteht, dass Länder ihren eigenen Vorteil suchen und verteidigen und andere gegeneinander ausspielen.[47] Was bleibt?

Will man die Globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten reduzieren, braucht es einen attraktiven Wirtschaftsraum für Innovation, Produktion und Konsum, der trotz aller erforderlichen Regulierung und Standardsetzung Kapital und Investitionen anlockt, nicht vertreibt – und das dürfte der weltgrößte Binnenmarkt, nämlich die EU, gewährleisten können. Entsprechend wäre die EU ein guter Ausgangspunkt, um Ernst mit hohen Standards und sozial-gerechten sowie ökologisch-nachhaltigen Alternativen zu machen. Damit es dazu kommen kann, müsste die EU sich erkennbar von einem neoliberal eingefärbten Projekt hin zu einem demokratischen, auf das Gemeinwohl zielendes Projekt, zu wandeln. Dazu ist einiges in den existierenden Verträgen grundgelegt, bestehende Ermessensspielräume müssten darüber hinaus systematischer angewendet oder im Rahmen einer „Verstärkten Zusammenarbeit" vorangetrieben

---

[45] Zuletzt etwa der Päpstliche Rat Justitia et Pax 2011 in der Schrift "Towards reforming the *international financial* and monetary systems in the context of *global public authority"* Siehe http://www.vatican.va/roman_curia/pontifical_councils/justpeace/documents/rc_pc_justpeace_doc_20111024_nota_en.html

[46] https://business-humanrights.org/en/binding-treaty

[47] Allerdings möchte ich daran erinnern, dass eine USA selbst ohne Trump weiter auf das falsche Pferd setzen dürfte: Auch Präsident Obama, trotz seines netten Auftretens, war ein Fan des neoliberalen Freihandels und vermutlich werden auch die nächsten Präsidenten wenig gegen diese dominante Präferenz für den freien Markt und den freien Handel unternehmen können.

werden.[48] Ein guter Ansatzpunkt wäre, sich analog wie bei der Finanztransaktionssteuer mit Parlamenten und Regierungen gegen die Macht der Konzerne und ihrer Eigentümer zu verbinden. Klar, die Finanztransaktionssteuer liegt seit Macrons Machtwort auf Eis. Wir sollten aber vielmehr darauf schauen, dass es uns fast gelungen wäre.

Angesichts der Europamüdigkeit und dem bisher eher undemokratisch zustandegekommenen und geprägten „Europäischen Projekt" wäre es zudem ein mutiges Zeichen, einen Verfassungsgebenden Konvent einzuberufen der allerdings, anders als der Anlauf 2002/2003 nicht von oben eingesetzt, sondern tatsächlich repräsentativ und demokratisch sein sollte. Dieser könnte eine vertragliche Reform anlässlich des 100sten Bestehens der Römischen Verträge anzielen und wäre sehr geeignet.

Dass es zu alledem kommt, dazu müssten und könnten die Kirchen viel beitragen – sowohl von Papst Franziskus als auch Kardinal Marx gibt es dazu deutliche Signale. Auch dazu habe ich mich anderswo ausführlicher geäußert (Alt, 2018c). Die Staaten der Afrikanischen Union wären dabei die primären Bezugspartner, auch und gerade wegen der historischen gewachsenen Schuld der Europäer gegenüber dem afrikanischen Kontinent – von dem wachsenden Migrationsdruck einmal abgesehen.

Dabei gälte es auch parteipolitische Präferenzen und Allianzen zu überdenken und bei Wahlen entsprechend abzustimmen. Viele Politikansätze, die heute sozial gerecht und ökologisch nachhaltig sind, finden sich bei Grünen und Linken, nicht aber bei den Volksparteien, der FDP oder der AfD.

Auf nochmals einer anderen Ebene wäre natürlich sehr viel gewonnen, wenn zunehmend Wirtschaftsbetriebe, Kommunen, Bürgerinitiativen oder gar Regionen versuchen würden, einfach Alternativen zum aktuellen Wahnsinn zu implementieren. Etwa entlang den Empfehlungen einer Gemeinwohlökonomie von Christian Felber oder Niko Paech aus dem gegenwärtigen „sozio-technischen Regime" konkret auszusteigen und alternative Wertschöpfungsketten aufzubauen: Gemeinwohlbilanzen, Transparenz bei Rohstoffen, Recycling, Regionalwährungen, mehr lokale und regionale Suffizienz und Resilienz und jegliche Form lokalen, regionalen und globalen fairen und nachhaltigen Wirtschaftens etc. Warum muss man Schweinehälften, Äpfel oder Wein um die ganze Welt verschiffen, wenn es doch im Land, wo es ankommt, selbst hergestellt wird und vieles lediglich günstiger ist, weil man bestimmte Subventionen oder Nebenkosten ausklammert bzw. anderswo auf teure Standards verzichten kann? All das

---

[48] Sehr weiterführend wäre dabei auch der Vorschlag von Kommissionpräsident aus Anlass seiner „Rede zur Lage der Union 2017" am 13.9.2017, Bezug nehmend auf Artikel 49 des Lissabon Vertrags: „Ich möchte, dass wir in wichtigen Binnenmarktfragen öfter und einfacher im Rat mit qualifizierter Mehrheit entscheiden unter gleichberechtigter Mitwirkung des Europäischen Parlamentes. Dazu brauchen wir keine Vertragsänderungen. Die derzeitigen Verträge enthalten sogenannte „Brückenklauseln", die es ermöglichen, in bestimmten Fällen – vorausgesetzt der Europäische Rat entscheidet dies einstimmig – mit qualifizierter Mehrheit statt einstimmig zu entscheiden. Ich bin dafür, bei Beschlüssen über die gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, über die Mehrwertsteuer, über eine faire Besteuerung der Digitalwirtschaft und über die Finanztransaktionssteuer die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit einzuführen."
http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-17-3165_de.htm

würde die Macht des „Weiter so und Mehr für mich“ empfindlich schwächen. Mittelfristig könnten solche Initiativen durch gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen und Entscheidungen gefördert werden, insbesondere durch ein entsprechendes Einsetzen von Steuern.

5.2 Zu den Megakrisen unserer Zeit

Freilich: Bislang haben wir nur vom Freihandel gesprochen und wir wissen, dass es noch viel mehr krisenhafte Entwicklungen und Baustellen gibt, für die man sich interessieren und engagieren sollte. Damit wir uns nicht durch die Fülle der (Meso)Krisen, die nach Engagement schreien, überfordert fühlen oder verzetteln, ist es umso wichtiger, dass wir uns immer wieder die Ursachen und den Kern des Problems in Erinnerung rufen:

Mir jedenfalls hilft es zu sehen, dass fast alle der großen Themen der Gegenwart letztlich „Mesokrisen“ sind, die im wesentlichen auf drei gemeinsame Ursachen und „Megakrisen“ zurückgeführt werden können nämlich Offshore-Finanzkapitalismus, Ressourcenübernutzung und Digitalisierung – die zudem miteinander in Wechselwirkung stehen. Hier haben Freihandelsproblematik, Rent Seeking, Offshoring, Kapitalmobilität, Grenzübergreifendes Verbrechen, Ungleichheit, Ressourcenübernutzung, prekäre Jobs usw. ihre Wurzel (Alt, 2018).

Sicher, um Auswüchse zu bekämpfen und zu begrenzen, wurden das Abkommen zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen oder die Pariser Klimakonvention vereinbart. Aber die bleiben hinter empirisch abgesicherten Erfordernissen zurück (CIDSE, 2016, S. 16f.). Zudem kann man annehmen, dass sie genauso wenig ihre Ziele erreichen können, wie einst die Millenniumsziele oder gar das 0,7% Ziel, die zu erreichen Deutschland 1970 erstmals versprochen und bislang nicht erreicht hat.[49]

Genau deshalb fordert Papst Franziskus dringlich und zu Recht, wir müssten „ganzheitliche Lösungen zu suchen, welche die Wechselwirkungen der Natursysteme untereinander und mit den Sozialsystemen berücksichtigen“ (siehe oben, 3).

Dabei gilt es nicht nur, existierende Vorschläge auf möglichst hohem Niveau zu verteidigen, um hohe Standards durchzusetzen oder abzusichern. Noch besser wäre, auf Basis der Katholischen Soziallehre und der immer noch weitgehend konsensfähig akzeptierten Menschen- und Völkerrechte, eine alternative Gesamtvision für unser künftiges Zusammenleben zu entwickeln und dabei natürlich auf alles Richtige und Wichtige, was andernorts gedacht wird, zurückzugreifen. Weil wir bislang keine eigene Vision samt Machbarkeitsüberlegungen haben, können wir auch Vorschläge „christlicher“ Politiker so schlecht kritisieren.

Innerhalb einer solchen Vision wäre Freihandel, ebenso wie Märkte oder Kapitalismus, wieder dort, wo sie hingehören. Sie wären kein Selbstzweck mehr, sondern Mittel zum Zweck, nämlich der Mehrung von Einzel- und Gemeinwohl. Und ebenso wie man Handel ohne Freihandel haben kann, so muss Wirtschaften wieder seinem eigentlichen Zweck dienen, nämlich allen (oder mindestens möglichst vielen) Menschen ein (möglichst) gutes und glückliches Leben zu ermöglichen, und das alles, ohne die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu gefährden.

---

[49] https://germanwatch.org/8459

Betrachtet man alle Themen und Vorschläge zu den heutigen Mega- und Mesokrisen von diesem „archimedischen Punkt“ aus, könnte dies verhindern, dass jene, die etwas verändern wollen, weiterhin gegeneinander ausgespielt werden und/oder sich im Kampf gegen Symptome verzettelt. Stattdessen würden Energien gebündelt, um wirklich über Lösungen an der Wurzel nachzudenken. Ein solcher „archimedischer Punkt“ ist zudem hilfreich, um vorgelegten Sinn von vorgelegtem Unsinn unterschieden zu können.

Insgesamt gilt: Sind die Ursachen behoben, verbessern sich die Symptome automatisch.

Ich glaube, dass wir Menschen an diesem Punkt der Geschichte alles haben, was nötig benötigt wird, um die Megaprobleme unserer Zeit entschieden anzugehen. Das erste, was es auf diesem Weg braucht, ist eine kritische und gesunde Distanz zum „Weiter-so und Mehr für mich“ sowie eine systemische Analyse der Megakrisen, die wir uns während der letzten Jahrzehnte geschaffen haben und von dort aus ansetzen. Dann kann die Folgerung nur lauten: Ja, wir brauchen Märkte, aber regulierte Märkte und wir brauchen mehr Demokratie und Diskussion, damit alles geprüft und das Gute gefunden wird und dass alle bereit sind, das Erforderliche mitzutragen und nicht den Eindruck haben, es wird ihnen von „Denen da oben“ aufgepfropft. Dann wird’s schon gut werden.

Abschließend möchte ich betonen, dass ich erst seit Kurzem so denke und mich frage, ob das aktuelle System reformierbar ist oder ob man schlicht auf seine Ersetzung hinarbeiten soll. Wenn Sie dazu eine Meinung oder Rückmeldung haben, können Sie das unter <http://www.joergalt.de/forum.html> tun und ich wäre Ihnen sehr zu Dank verpflichtet.

6 Literaturverzeichnis

Alt, J. (2016n). *Alternatives to taxation when combating the wealth gap and poverty.* Von Tax Justice & Poverty: http://tinyurl.com/tjp-GER-W2 abgerufen

Alt, J. (2018). *Was tun? Katholische Soziallehre als normativer Kompass. Kurzfassung - Diskussionspapier.* Von Jörg Alt - Forum: http://www.joergalt.de/fileadmin/Dateien/Joerg_Alt/Forum/Was_tun_-_kurz.pdf abgerufen

Alt, J. (2018c). *Trump, Brexit und Populismus: Krise und Chance - Langfassung.* Von Jörg Alt - Forum: http://www.joergalt.de/fileadmin/Dateien/Joerg_Alt/Forum/Amos_1801_Langfassung.pdf abgerufen

Berz, G. (2012). Klimawandel und Naturkatastrophen - Risiken und Handlungsnotwendigkeiten aus wirtschaftlicher Sicht. In J. Alt, & S. Drempetic, *Wohlstand anders Denken - Lehren aus den aktuellen Weltkrisen* (S. 33-44). Würzburg: Echter.

Chang, H.-J. (2008). *Bad Samaritans – The Myth of Free Trade and the Secret History of Capitalism.* London: Random House.

CIDSE. (18. April 2016). *Strategic Framework 2016-2021.* Von http://www.cidse.org/publications/rethinking-development/cidse-strategic-framework-2016-2016.html abgerufen

Felber, C. (2017). *Ethischer Welthandel - Alternativen zu TTIP, WTO & Co.* Amazon Kindle.

Friedman, M. (1982). *Capitalism and Freedom.* Chicago: The University of Chicago Press .

Halliday, D., & Thrasher, J. (2020). *The Ethics of Capitalism. An Introduction.* Oxford: Oxford University Press.

Kapeller, J., Schütz, B., & Tamesberger, D. (November 2014). *From Free to Civilized Markets - First steps towards Eutopia.* Von Johannes Kepler Universität: https://www.jku.at/fileadmin/gruppen/108/ICAE_Working_Papers/wp28.pdf abgerufen

Latouche, S. (9. April 2015). *"Wir müssen den Kapitalismus aus unseren Köpfen bringen.".* Von Die Wochenzeitung: https://www.woz.ch/-5bca abgerufen

Messner, D. (9. Dezember 2016). *Passt das Ökologische zum Sozialen - Festvortrag für Erhard Eppler.* Von RLA Reden: http://www.rla-texte.de/wp-content/uploads/2013/09/Messner-Festvortrag-f%C3%BCr-Erhard-Eppler.pdf abgerufen

Oermann, N. O., & Wolff, H.-J. (2019). *Wirtschaftskriege. Geschichte und Gegenwart.* Freiburg: Herder.

Paech, N. (2011). *Befreiung vom Überfluss.* München: Oekom.

Raworth, K. (2017). *Doughnut Economics - 7 Ways to Think Like a 21st Century Economist.* Amazon Kindle.

Turner, A. (27. August 2009). *How to tame global finance.* Von Prospect: http://www.prospectmagazine.co.uk/features/how-to-tame-global-finance abgerufen

WBGU. (2011). *Hauptgutachten Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation.* Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Klimaveränderungen.